

# Biel ist 30 Jahre bilingue

Die Zweisprachigkeit ist seit 1996 in der Bieler Stadtordnung festgeschrieben.



Stadtansicht von Biel mit Altstadt (links).

Bild: Oliver Menge

Heute ist Biel die grösste zweisprachige Stadt der Schweiz. Das Verhältnis zwischen deutsch- und französischsprachiger Bevölkerung ist mittlerweile mit 55,2 und 44,8 Prozent fast ausgeglichen, wie die Stadt in einer Mitteilung vom Dienstag schreibt.

Das Neben-, Mit- und Durcheinander von Deutsch und Französisch prägt die Stadt. Vor 30 Jahren verankerte die Stadt die Zweisprachigkeit offiziell in der Stadtordnung.

Die Zweisprachigkeit sei ein wichtiger Faktor für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Lebensqualität. Biel habe auch eine wichtige Brückenfunktion zwischen der Romandie und der Deutschschweiz.

## An der Sprachgrenze

Biel war schon immer eine Kontaktzone zwischen der deutschen und der französischen Sprache. Anfänglich deutsch geprägt, zogen ab dem 19. Jahrhundert viele Französischsprachige in die Stadt, um in der Uhrenindustrie zu arbeiten.

Durch Industrialisierung und Zuwanderung pendelte sich die

## Forum für Zweisprachigkeit

Ebenfalls vor 30 Jahren wurde in Biel das «Forum für Zweisprachigkeit» gegründet. Es begleitet und bewertet seither die Zweisprachigkeit in der Praxis und stützt Behörden und Institutionen mit entsprechenden Labels aus. Laut einem Bericht des «Bieler Tagblatts» erfolgte angesichts des Jubiläums eine Re-Zertifizierung der Bieler

Zahl der Frankophonen ab den 1970er Jahren bei etwa 40 Prozent ein. Seit dem Jahrtausendwechsel wächst die frankophone Bevölkerung kontinuierlich. 1996 wird die Zweisprachigkeit in der Stadtordnung verankert.

«Ouvert le Sonntag» kann man etwa auf einem Schild an einer Bieler Bar lesen. Dort kann man also am Sonntag hin und sich einen «petit schlouck» zur Erfrischung genehmigen.

Doch die lockere Durchmischung der Sprachen gerät heutzutage auch etwas unter Druck,

Stadtverwaltung, die sich gegenüber der letzten Einschätzung 2020 hinsichtlich gelebter Zweisprachigkeit noch verbessert habe. Das Forum organisiert auch zweisprachige Lernbegegnungen zwischen Personen und hat einen Leistungsauftrag, für den es von Bund, Kanton und Stadt Biel mit 450'000 Franken unterstützt wird. (at.)

wie die Bieler Historikerin Margrit Wick vor einem Jahr in einem Beitrag des Regionaljournals Bern, Freiburg, Wallis sagte.

Nach Biel zog es in den letzten Jahren vermehrt Menschen aus der Romandie, etwa aus Neuenburg oder Genf, für die der Umgang mit der deutschen Sprache, insbesondere mit dem Schweizerdeutsch, nicht so selbstverständlich ist.

Die Nachbarschaft zwischen Deutschschweizern und Romands droht daher mitunter eher zum Nebeneinander als

zum Miteinander zu werden. «Es braucht von beiden Seiten einen Effort», sagte denn auch die Bieler Stadtpräsidentin Glenda Gonzalez Bassi im Sommer 2025 im Regionaljournal-Beitrag. Nur so funktioniere das Miteinander bei der Zweisprachigkeit auch in Zukunft.

## Seit drei Jahrzehnten gleichberechtigt

Die Zweisprachigkeit ist Teil der Bieler DNA und trägt zur Attraktivität der Stadt bei. In der Stadt Biel können Kinder auch zweisprachigen Schulunterricht erhalten, in der sogenannten «Filière Bilingue». Der Unterricht findet hälftig auf Deutsch und Französisch statt. Die über 300 Kinder werden von rund 40 Lehrpersonen unterrichtet.

Offiziell in der Stadtordnung verankert ist die Zweisprachigkeit seit dem 9. Juni 1996. Seit 30 Jahren sind Französisch und Deutsch demnach gleichberechtigte Amtssprachen. Pünktlich zu diesem Jubiläum wurde die Bieler Stadtverwaltung mit dem Label des Forums für Zweisprachigkeit rezertifiziert. (sda)

## Kanton will Zweisprachigkeit

GLP im Grossen Rat erfolgreich gegen Frühfranzösisch.

Die Berner GLP beantragte im Grossen Rat die Abschaffung des Frühfranzösisch. Mangels Unterstützung hat sie am Dienstag ihren Vorstoss zurückgezogen. Das Erlernen der französischen Sprache sei für die GLP ein zentrales Anliegen, sagte der Fraktionssprecher Roland Lüthi. «Die Einführung des Frühfranzösisch hat die Leistungen aber trotz des riesigen Aufwands nicht verbessert», begründete er die Motion. Die Leistungen hätten sich sogar verschlechtert, das sei erwiesen. «Die Einführung war ein Fehler.» Eine Verschiebung des Unterrichts hätte «die dramatische Situation gestoppt», so Lüthi. Der Rat aber verhindere eine «dringende Reform», rügte er seine Kolleginnen und Kollegen im Ratsaal. «Sie haben aus einer pädagogischen Frage eine staatspolitische Angelegenheit gemacht.» Das gefährde die zweite Landessprache.

Seine Partei habe den Vorstoss zurückgezogen, weil sie «entgegen allen Zusicherungen keine Unterstützung von anderen Fraktionen» erhalten habe. Die GLP erwarte nun, dass die Bildungskommission am Thema dranbleibe.

Die Fraktion der GLP hatte in einer Motion eine Verschiebung des Französischunterrichts im deutschsprachigen Kantonsteil von der 3. und 4.

Klasse um zwei Schuljahre nach hinten gefordert. Die freierwerbenden Ressourcen wollte die GLP unter anderem in die Förderung von deutsch-französischen Klassen im ganzen Kanton stecken. Das Anliegen stiess besonders bei den 17 Vertreterinnen und Vertretern des französischsprachigen Teils im Rat, der sogenannten Deputation, auf Ablehnung. Das hatte Tammedia vergangene Woche publik gemacht.

Auch der Regierungsrat wollte nichts vom Vorhaben der GLP wissen. Die Zweisprachigkeit und das frühe Erlernen der französischen und deutschen Sprache und Kultur in der Schule gehörten zur Identität des Kantons Bern, hatte er in seiner Vorstossantwort geschrieben. «Als zweisprachiger Kanton nimmt der Kanton Bern auch eine besondere Brückenfunktion zwischen der Deutschschweiz und der Westschweiz ein.»

Auch widersprach die Regierung der GLP, wonach die Mehrheit der Schulkinder durch den frühen Fremdspracherwerb überfordert sei. Allerdings sei eine Weiterentwicklung des Französisch- und Sprachunterrichts nötig. «Die Regierung hat auf verschiedenen Ebenen wesentliche Massnahmen zur Förderung des Französischunterrichts eingeleitet.» (sda)

## Windkraft koordinieren

**Bündelung** Der Kanton Bern soll seine Windkraftplanung beschleunigen. Der Grosse Rat hat am Dienstag eine überparteiliche Motion angenommen, die die Planung beim Kanton bündeln will. Der Vorstoss forderte weiter eine sofortige Anpassung der Richtplanung und ein «Guichet Unique» als zentrale Anlaufstelle in der Verwaltung.

Hintergrund ist der massive Rückstand des Kantons. Bis 2035 fehlen laut den Motionärinnen und Motionären aus Grünen, GLP, FDP, SP, Mitte und EVP noch 80 Prozent der

geplanten Stromproduktion aus Windenergie. Die bisherige Übertragung der Planung an die Regionen habe sich als zu ineffizient erwiesen.

Der Rat überwies die Motion punktweise. Die Regierung muss nun die gesetzlichen Vorarbeiten für die Richtplananpassung an die Hand nehmen. Da es sich beim Vorstoss um eine Richtlinienmotion handelte, ist der Auftrag eigentlich zwar verbindlich, der Regierungsrat behält jedoch einen grossen Spielraum bei der konkreten Umsetzung. (sda)

ANZEIGE

# «Der Rocksender der Schweiz!»

– Imagine Dragons

Auf DAB+, in der App oder auf virginradio.ch

